

EINE EUROPÄISCHE IDENTITÄT?

WWW.ALTERNATIVE-EUROPA.DE

[#ALTEU!](https://twitter.com/ALTEU!)

3 / 17

In Kooperation mit:

ÜBER DAS PROJEKT

Alternative Europa! ist ein gemeinschaftliches Projekt, das VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammenbringt. Es wurde vom Institut für Europäische Politik (IEP) zusammen mit dem Jungen Europawissenschaftlichen Netzwerk (JEN) des Europawissenschaftlichen Netzwerks Deutschland (END) und der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO) in enger

Zusammenarbeit mit Polis180 und den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) sowie European Horizons initiiert. Weitere Kooperationspartner sind der Arbeitskreis Europäische Integration (AEI), das Centre International de Formation Européenne (CIFE), das Projekt „TruLies: The Truth about Lies on Europe“, die Universität Hamburg und die Universität Hildesheim.

ÜBER DIE AUTOREN



Manuel Gath ist seit 2015 Project Manager des Berliner Think Tanks Das Progressive Zentrum. Zuvor war er zwei Jahre lang Mitarbeiter am Europalehrstuhl der Universität Duisburg-Essen. Während seines Politik-

studiums in Marburg, Duisburg-Essen und Nijmegen sammelte er praktische Erfahrung im Europaparlament, dem Bundestag, dem Hessischen Landtag sowie in der Europaabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums. Er ist seit Oktober 2016 ehrenamtlicher Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), zuvor war er Landesvorsitzender der JEF in Hessen.



Constantin Schäfer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre der Universität Mannheim und Mitarbeiter im Projekt "EU ENGAGE" am Mannheimer Zentrum für Europäische

Sozialforschung (MZES). Er forscht zu öffentlicher Meinung, Wahlverhalten und Parteienwettbewerb in Europa und promoviert zum Thema "Euroscepticism in Times of Crisis". Außerdem engagiert er sich für europapolitische Bildung und ist Mitbegründer des Vereins "Bringing Europeans Together Association" (BETA e. V.).



Jule Köneke engagiert sich ehrenamtlich im Vorstand und in den Programmbereichen Europäische Identität und The America(n)s des Grassroot Thinktanks Polis180. Sie hat in Würzburg und Guadalajara (Mexiko) Politik-

wissenschaft, Anglistik/Amerikanistik und Internationale Beziehungen studiert und befindet sich in den Endzügen ihres Masterstudiums an der Universität Potsdam. Dort beschäftigt sie sich mit Euroskeptizismus, der Legitimation der EU und Demokratie in Lateinamerika.



Richard Steinberg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integrationsgeschichte und Europastudien an der Universität Hamburg und am Institut für Europäische Politik (IEP) Berlin. Er hat an der Universität Erfurt, der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Université de Toulouse II

Geschichts- und Sozialwissenschaften studiert. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den Krisen und der Geschichte der europäischen Integration.



Susanne Zels engagiert sich ehrenamtlich als Co-Leiterin des Programmbereichs Europäische Identität und im Vorstand beim Grassroots Thinktank Polis180 für Außen- und Europapolitik. Sie hat Geschichte, Politik und Internationale Beziehungen in England und Berlin studiert und

fokussierte sich in ihrem Studium auf Europäische Integration und Energiepolitik. Seit ihrem Abschluss arbeitet sie als Beraterin und Projektmanagerin im Energiesektor.

INHALTSVERZEICHNIS

Abstract	4
Präambel	4
I. Framework	5
A. Was ist (Europäische) Identität?	5
B. Warum benötigen wir eine ausgeprägte Europäische Identität?	5
II. Problemanalyse und Herausforderungen	6
A. Europäisches Narrativ	6
B. Öffentlichkeit	7
C. Partizipation	8
D. Solidarität	9
III. Unsere Vision	10
A. Narrativ eines demokratischen und sozialen Europas	10
B. Eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit	10
C. Partizipation	11
D. Solidarität durch gesellschaftliche Teilhabe und den Abbau von Ungleichheiten	12
IV. Handlungsempfehlungen	13
A. Europäische Öffentlichkeit	13
B. Partizipation	14
C. Solidarität	14
D. Ein neues Narrativ für Europa?	15

ABSTRACT

In ihrem Paper beschäftigen sich Manuel Gath, Jule Köneke, Constantin Schäfer, Richard Steinberg und Susanne Zels im Rahmen des Projektes „Alternative Europa!“ mit den Werten Europas und der Ausgestaltung einer kollektiven europäischen Identität. Im Besonderen haben sie dazu für vier verschiedene Themenfelder aktuelle Herausforderungen skizziert, Zukunftsvisionen entwickelt sowie konkrete Politikempfehlungen verfasst. Diese

vier Bereiche umfassen ein neues europäisches Narrativ, eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit, neue Partizipationsmöglichkeiten für EU-Bürger sowie innereuropäische Solidarität. Die AutorInnen befassen sich zudem mit der Frage welche Rolle eine gemeinsame Identität für den europäischen Integrationsprozess spielt und wie europäische Identität im Rahmen der vier angesprochenen Bereiche gefördert werden kann.

I. PRÄAMBEL

„Machten wir heute eine Bilanz unseres geistigen Besitzes ..., so würde sich herausstellen, dass das meiste davon nicht unserem jeweiligen Vaterland, sondern dem gemeinsamen europäischen Fundus entstammt. In uns allen überwiegt der Europäer (...“ (José Ortega y Gasset, 1929)

Es ist dieser Fundus, der die Grundlage einer zu bestimmenden individuellen, kulturellen oder kollektiven europäischen Identität darstellt. Er bezieht sich nicht primär auf einen geographischen oder politischen Raum „Europa“, sondern auf eine historisch gewachsene Sammlung an Normen, Werten und kulturellen Errungenschaften. Was „Europa“ ist, ist dabei ein ständiger Aushandlungsprozess und das Verständnis von „Europa“ hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder gewandelt. „Europa“ ist ein historisch gewachsener Raum des Ideenaustausches, der kulturellen und sozialen Verbindungen sowie der gemeinsamen politischen Erfahrungen.

Als Grundlage für die Förderung und Ausgestaltung unserer kollektiven europäischen Identität sehen wir es als essentiell an, dass:

- Europäische Identität inklusiv sein muss und nicht primär auf der Abgrenzung gegenüber einem Anderen basiert;
- Europäische Identität historisch gewachsen ist und bis heute dynamisch und wandelbar ist;

- Europäische Identität auf gemeinsamen Werten und Normen basiert;
- Europäische Identität einen diskursiven Charakter hat. Sie ist selbstreflexiv, das heißt ihre Werte und Normen werden immer wieder hinterfragt und sie passt sich an aktuelle Herausforderungen an, ohne dabei grundlegende Werte in Fragen zu stellen;
- Europäische Identität andere soziale Identitäten wie lokale oder nationale Identitäten nicht ersetzt, sondern ergänzt;
- Europäische Identität keine Reproduktion nationaler Identität auf europäischer Ebene ist, sondern einen originären Charakter besitzt.

Die Werte, auf der eine zukünftige europäische Identität gründet, sind im Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union aufgeführt.¹ Neben diesen zentralen europäischen Werten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gleichheit basiert unser Verständnis von Europäischer Identität aber auch auf der Würde allen Lebens und aller Lebensformen, Nachhaltigkeit, Pluralismus, Solidarität und Sozialstaatlichkeit.

¹ Grundrechtecharta der Europäischen Union;
http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

I. FRAMEWORK

A. Was ist (Europäische) Identität?

Mit dem Begriff Europäische Identität wird eine kollektive, politische und soziokulturelle Identität bezeichnet, die nicht mit nationalen Identitäten konkurriert. Sie ist eine unserer multiplen Identitäten, die wir je nach Kontext abrufen. Subsidiarität ist ein Ausdruck davon. Europäische Identität kann und soll andere Identitäten nur ergänzen, nie ersetzen. Sie bezieht sich im Wesentlichen auf den politischen, kulturellen und sozialen Raum Europas. Als kollektive Identität ist sie sowohl ein Merkmal von Gruppen als auch eine Eigenschaft von Individuen. Im ersten Fall stellt sie eine Gruppenidentität dar, die sich aus geteilten politischen und sozialen Werten, Normen und Einstellungen konstituiert. Im zweiten Fall meint sie die Identifikation eines Menschen mit einer Gruppe, mit der er sich emotional verbunden fühlt.² Obwohl sie auf Gemeinsamkeiten basiert, impliziert kollektive Identität nicht Homogenität. Denn ein zentrales Charakteristikum Europas ist Diversität, welche nicht im Widerspruch zu Einheit steht. Ausdruck individueller Identifikation ist letztlich, dass Personen ein europäisches „Wir-Gefühl“ empfinden, das andere Gruppenmitglieder einschließt. Dabei ist Europäische Identität von unterschiedlichen Geschichtserfahrungen in den Mitgliedstaaten geprägt und stellt keine einfache Reproduktion nationaler Identität auf europäischer Ebene dar. Sie ist dynamisch und verändert sich im europäischen Diskurs kontinuierlich. Die Ausbildung Europäischer Identität benötigt Zeit und kann nur „bottom-up“ aus den Gesellschaften erwachsen, da sie andernfalls Gefahr läuft ein künstliches Konstrukt der vermeintlichen Elite zu sein.

B. Warum benötigen wir eine ausgeprägte europäische Identität?

Eine tragfähige Identifikation mit dem Gemeinwesen der EU ist aus mindestens zwei Gründen von existenzieller Bedeutung für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses. Erstens ist eine ausreichend ausgebildete, ge-

meinsame europäische Bürgeridentität eine notwendige Bedingung für die Legitimität des politischen Systems der EU, ihrer EntscheidungsträgerInnen und der gemeinsam ausgehandelten Politikentscheidungen. Grund dafür ist, dass den eigenen Interessen widersprechende, gemeinwohlorientierte Lösungen Akzeptanz finden müssen, sprich auch potentielle Minderheiten politischer Mehrheitsentscheidungen diese trotzdem als legitim akzeptieren oder tolerieren müssen.³ Zweitens ist eine kollektive Identität von großer Bedeutung für wechselseitige Hilfsbereitschaft sowie solidarisches Handeln von Menschen innerhalb einer Gesellschaft. Denn zentraler Bestandteil einer kollektiven Identität ist immer auch die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme. Solidarität, definiert als „wechselseitiges Entstehen von Personen füreinander, die durch spezifische Eigenschaften miteinander verbunden sind“,⁴ hat gerade auf europäischer Ebene in den letzten Jahren durch die Euro- und Flüchtlingskrise an Relevanz gewonnen. Es liegt auf der Hand, dass Menschen in höherem Maße dazu bereit sind, Unterstützung für andere Nationen zu üben, wenn sie sich als Teil einer gemeinsamen Gruppe empfinden.

Eine europäische Identität ist nicht nur einseitige Basis und notwendige Ressource für Solidarität und Legitimität. Vielmehr stehen die drei Phänomene in einem engen, sich wechselseitig bedingenden Beziehungsgeflecht. Die Europäische Union schöpft folglich nicht nur Solidarität und Legitimität aus Identität, sondern auch Identität aus Solidarität und Legitimität. Deutlich wird diese wechselseitige Abhängigkeit unter anderem bei einer näheren Betrachtung der EU-Institutionen. Die Zusammenarbeit von EntscheidungsträgerInnen in gemeinsamen Gremien und die dadurch entstehenden gemeinsamen Erfahrungen generieren Identität, welche dann wiederum zu der Legitimität der Institutionen beiträgt. Wechselseitiges füreinander Entstehen und gegenseitiges Erfahren von Unterstützung innerhalb Europas erhöhen die Chance, sich als Teil eines gemeinsamen Ganzen zu verstehen. Das

2 David, Ohad / Bar-Tal, Daniel (2009): A Sociopsychological Conception of Collective Identity: The Case of National Identity as an Example. In: Personality and Social Psychology Bulletin 13(4), S. 354–379.

3 Scharpf, Fritz W. (1999): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt: Campus Verlag.

4 Bayertz, Kurt (1998): Begriff und Problem der Solidarität. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Solidarität: Begriff und Problem. Frankfurt: Suhrkamp Verlag, S. 11–53 (Zitat S. 21).

wiederum wirkt sich positiv auf die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und ihren BürgerInnen aus.

Die traditionell stark an das Wohlstandsversprechen geknüpfte Legitimität der EU ist im Zuge der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise und der darauf folgenden Austeritätspolitik, insbesondere in den Krisenländern Südeuropas, stark geschwächt worden.⁵ Neben der Austrittsentscheidung Großbritanniens machen die historisch niedrige Wahlbeteiligung und der immense Stimmengewinn euroskeptischer Parteien bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament deutlich, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen der EU und deren Problemlösungskompetenz stark gelitten hat. Sowohl die Euro- als auch die Flüchtlingskrise haben darüber hinaus

gegenseitige Schuldzuweisungen und scheinbar unüberwindbare Interessenskonflikte zwischen den Mitgliedstaaten entfacht und stellen die Solidarität in Europa auf eine harte Probe.

Eine belastbare, kollektive europäische Identität scheint vor diesem Hintergrund unabdingbar, um das europäische Integrationsprojekt auf Dauer zu tragen und den sozialen Zusammenhalt sicherzustellen. Die Wiederbelebung und Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten, eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit, das verstärkte Bewusstmachen der gemeinsamen Geschichte und ein gemeinsames Narrativ sowie der Ausbau der sozialen Komponente Europas sind vier Aspekte, die zu einer Stärkung der Europäischen Identität beitragen würden.

II. PROBLEMANALYSE UND HERAUSFORDERUNGEN

A. Europäisches Narrativ

In vielen Debattenbeiträgen der letzten Jahre wird festgestellt, dass das Gründungsmotiv der Europäischen Union, das vor allem auf den Punkten Friedens- und Freiheitssicherung sowie Wohlstandsmehrung beruht, nicht mehr ausreichend ist. Immer wieder wird betont, dass gerade für die jüngeren Generationen der Wert der europäischen Integration als Friedensprojekt zur Normalität geworden ist und er damit einen Teil seiner Bindekraft verloren hat. Mit der Überwindung der im Zweiten Weltkrieg eskalierenden nationalen Chauvinismen und Aggressionen, dem Zusammenführen der vormals verfeindeten europäischen Nationen und einer wirtschaftlichen Wiederbelebung des Kontinents, erfüllte die europäische Integration historisch und bis heute einen übergeordneten Zweck. Der Überbau des Friedensprojekts ist auch heute noch ein wichtiges Ziel Europas, andererseits ist die Krisenerfahrung zweier

Weltkriege so weit entfernt, dass dieses Schreckensbild nicht mehr als alleiniges historisches Argument für Europa ausreicht. Gleichzeitig wird das Wohlstandsversprechen spätestens seit dem Wegbruch des Wachstumsoptimismus in den 1970er Jahren herausgefordert und verliert an Überzeugung. In der Folge hat dies dazu geführt, dass der „permissive Konsens“, die stillschweigende Befürwortung von europäischen Integrationsmaßnahmen durch die BürgerInnen der EU, spätestens seit dem Vertrag von Maastricht zunehmend in Frage gestellt wird.

Vielmehr sehen sich gerade die jüngeren Generationen einer Vielzahl neuer Herausforderungen gegenüber, für die sie auch von der Europäischen Union Antworten verlangen. Das Versprechen der Europäischen Union als Friedensprojekt ist für viele allein nicht mehr ausreichend, da sie auch Antworten auf aktuelle Probleme fordern. Dazu zählen ein steigendes soziales Gefälle in den europäischen Gesellschaften, stagnierendes Wirtschaftswachstum, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Eurokrise, die Migrationskrise und die mangelnde Solidarität zwischen den europäischen Staaten. Darüber hinaus werden mangelnde europäische Öffentlichkeit und Partizipationsmöglich-

⁵ Der Standard-Eurobarometer Umfrage dieses Jahres zufolge vertraut die relative Mehrheit von 47% der EuropäerInnen der Europäischen Union nicht. (S. 16ff.) 58% der EuropäerInnen geben an, ein negatives oder neutrales Bild von der Europäischen Union zu haben. (S. 19ff.) Standard Eurobarometer Mai 2017 87

keiten als demokratisches Defizit der EU wahrgenommen. Die genannten Probleme machen deutlich, dass die EU diesen begegnen muss, um langfristig ein neues, zusätzliches Narrativ plausibel zu machen: das Narrativ des sozialen und demokratischen Europas.

B. Öffentlichkeit

Öffentlichkeit ist der gesellschaftliche Raum, in dem öffentliche Kommunikation stattfindet und in dem BürgerInnen zusammenkommen, um politische Probleme und deren Lösungen zu diskutieren. Sie ist als Intermediär zwischen Regierenden und Regierten ein zentrales und notwendiges Element moderner Demokratien. Öffentlichkeit ermöglicht die Transparenz und Kontrolle von EntscheidungsträgerInnen durch die BürgerInnen und bietet ihnen die Möglichkeiten der Informationsaneignung, Meinungsbildung und politischen Partizipation. Alle diese Funktionen dienen letztlich der Legitimation demokratischer Herrschaft, weshalb die Europäische Kommission der Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit – also einem transnationalen kommunikativen Raum – größten Wert beimisst.⁶ Sie könnte die Lücke zwischen den hochentwickelten politischen Strukturen auf europäischer Ebene und den immer noch stark segmentierten, nationalen Diskussionsarenen für öffentliche Debatten schließen.

Bislang existiert eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit höchstens in rudimentären Ansätzen und zu bestimmten Anlässen, zum Beispiel im Kontext von Europawahlen.⁷ Das weitgehende Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit ist konsequenterweise ein zentraler Bestandteil des oft beklagten Demokratiedefizits der EU⁸ und somit eine der Ursachen für die abnehmende

Akzeptanz der EU-Politik seitens der europäischen BürgerInnen. Ein grundlegendes Problem bei der Herausbildung einer gemeinsamen, europäischen Öffentlichkeit ist die Segmentierung in nationale Teilöffentlichkeiten, die kaum miteinander verflochten sind. Obwohl die jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten selbst aus einer Vielzahl an Diskussionsarenen bestehen, sind diese meist deutlich besser miteinander vernetzt als die verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten miteinander. Dies liegt vor allem an Kultur- und Sprachbarrieren, medien-spezifischen Faktoren, zum Beispiel der nationalstaatlichen Fixierung von Journalismus, und institutionellen Faktoren. Zu letzteren gehören die geringen Nachrichtenwerte europäischer Politik sowie die schwach ausgeprägten institutionellen Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die EU-Politik. Das Öffentlichkeitsdefizit wird demnach auch durch ein Partizipationsdefizit der EU-BürgerInnen hervorgerufen. Aus diesem Grund wäre eine europäische Öffentlichkeit, welche die bislang abgegrenzten nationalen Teilöffentlichkeiten überwindet, nicht nur Voraussetzung für demokratisches europäisches Regieren, sondern auch dessen Folge.

In ähnlicher Weise bedingen sich auch Öffentlichkeit und kollektive Identität gegenseitig. Allerdings ist es umstritten, ob eine kollektive europäische Identität Voraussetzung oder Ergebnis der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit wäre: „Für die einen gilt die über kollektive Identität integrierte Bürgerschaft als unabdingbare Voraussetzung dafür, in eine demokratische Praxis einsteigen zu können. Für die anderen hingegen entsteht das Identitätsgefüge eines Demos der politischen Selbstbestimmung erst als Resultat einer sich verfestigenden demokratischen Praxis.“⁹ Gemäß dem letzteren Modell formt sich kollektive Identität in öffentlichen Kommunikationsprozessen innerhalb einer Gesellschaft, weshalb einer europäischen Öffentlichkeit eine zentrale Rolle bei der Herausbildung einer europäischen Identität zukommt. Ohne gemeinsame kommunikative Räume sind die Aus-

6 Brüggenmann, Michael (2008): Europäische Öffentlichkeit durch Öffentlichkeitsarbeit. Die Informationspolitik der Europäischen Kommission. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

7 Boomgaarden, Hajo G. / De Vreese, Claes H. (2016): Do European Elections Create a European Public Sphere? In: Van der Brug, Wouter / De Vreese, Claes H. (Hrsg.): (Un)intended Consequences of European Parliamentary Elections. Oxford: Oxford University Press, S. 19–35.

8 Follesdal, Andreas / Hix, Simon (2006): Why There is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik. In: Journal of Common Market Studies 44(3), S. 533–562.

9 Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud (2003): Demokratie-, Öffentlichkeits- und Identitätsdefizite in der EU: Diagnose und Therapiefähigkeit. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg / Klein, Ludger / Lahusen, Christian / Rucht, Dieter (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–19 (Zitat S. 12).

sichten für die Entstehung einer wahrhaft europäischen Gesellschaft allerdings trüb – genau wie die Hoffnung für demokratisches Regieren auf europäischer Ebene.

C. Partizipation

Politische und gesellschaftliche Partizipation sind wichtige Elemente der Identitätsstiftung und somit auch für eine europäische Identität ausschlaggebend. Der Gemeinschaftssinn der einer kollektiven Identität zugrunde liegt, wird durch Teilhabe an dieser gestärkt. Fehlende Partizipationsmöglichkeiten werden somit häufig als Grund für den Anstieg von Euroskeptizismus in einer Vielzahl von Europäischen Mitgliedstaaten genannt und mit dem zuvor genannten Demokratiedefizit der Europäischen Union in Verbindung gebracht¹⁰. Jedoch spiegelt sich in der Ablehnung der europäischen politischen Prozesse, oder einer fehlenden Teilhabe an jenen, lediglich die tiefgreifende Kritik an nationalen demokratischen Prozessen wieder. Nicht nur auf europäischer Ebene beobachten wir sinkende Wahlbeteiligung und Politikverdrossenheit. Auch nationale Demokratien erfahren ein ernstzunehmendes Misstrauen der BürgerInnen, wie es sich in Deutschland in dem Begriff „Lügenpresse“ niedergeschlagen hat¹¹. Auch Parteimitgliedschaften sinken in den Demokratien der Mitgliedsstaaten. EuroskeptikerInnen wie die Französin Marine Le Pen und der Engländer Nigel Farage lehnen zwar die Europäische Union ab und kritisieren den Souveränitätsverlust der eigenen Nation durch Europa, jedoch richtet sich ihre Kritik oftmals im Detail an nationale Problemstellungen¹². Kritik an Partizipationsmöglichkeiten der Europäischen Union wird auch deshalb geübt, weil lediglich das Europäische Parlament direkt gewählt werden kann. Dies führt aus Sicht der KritikerInnen zu fehlender Legitimität des politischen Systems, der politischen Entscheidungen und

der EntscheidungsträgerInnen der EU. Jedoch stellt sich gleichermaßen die Frage, ob der französische Präsident Emmanuel Macron bei der geringen Wahlbeteiligung an seiner Wahl 2017, ein Legitimitätsproblem hat¹³. Die sinkende Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaften auf nationaler Ebene zeigen somit, dass es nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch auf nationaler Ebene an einem effektiven Partizipationsangebot der Parteien oder des politischen Systems in Europa mangelt, welches BürgerInnen mobilisiert und dadurch eine Stärkung des Gemeinschaftssinns und somit der kollektiven Identität ermöglicht.

Erschwerend kommt hinzu, dass Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben in Europa ungleichmäßig innerhalb der nationalen Gesellschaften stattfindet¹⁴. So können beispielsweise Einkommen und Bildungsgrad ausschlaggebend sein. Die Segmentierung nationaler Öffentlichkeiten spiegelt sich in der Fragmentierung der Gesellschaft wieder. Gut ausgebildete am politischen Leben partizipierende Eliten und jene die sich zum Anti-Establishment bekennen und nicht am politischen System teilnehmen, fehlt es auch innerhalb der Nationalstaaten an kollektiver Identität. Seit dem 20. Jahrhundert beruht ein wesentlicher Teil der Identitätsbildung in Europa auf den Öffentlichkeiten und dem Gemeinschaftssinn, der im Nationalstaat geschaffen wurde. In einer sich durch die Digitalisierung im Vorspulmodus befindenden Globalisierung und dem damit einhergehenden Souveränitätsverlust, der auch durch die Schaffung der Europäischen Union verstärkt wurde, sind nationale Öffentlichkeiten und auch eine nationale Identität auf dem Rückzug. Globalisierung und Digitalisierung haben jedoch nicht alle Milieus gleichermaßen durchdrungen. Während sich vor allem in elitären Kreisen eine gemeinschaftliche europäische Öffentlichkeit mit gemeinsamer Sprache und Medien gebildet hat, identifizieren sich Teile der Gesellschaft weiterhin mit ihrer nationalen Gemeinschaft und lehnen diese Entwicklung somit ab. In den Nationalstaaten führt dies zu einer Spaltung der Gesellschaft. Programme wie Erasmus

10 Mehr Partizipation, mehr Zufriedenheit, Europaundwir, 13.03.2014, <http://www.europaundwir.eu/mehr-partizipation-mehr-zufriedenheit/>

11 „Misstrauen gegenüber Medien gab es immer“, Tagesspiegel, 5.11.2015, <http://www.tagesspiegel.de/medien/wissenschaftler-zum-luegenpresse-vorwurf-misstrauen-gegenueber-medien-gab-es-immer/12542512.html>

12 How did UK end up voting to leave the European Union?, The Guardian, 24.06.2016, <https://www.theguardian.com/politics/2016/jun/24/how-did-uk-end-up-voting-leave-european-union>

13 Hat Emmanuel Macron wirklich ein klares Mandat?, Tagesspiegel, 19.06.2017, <http://www.tagesspiegel.de/politik/wahlergebnis-in-frankreich-hat-emmanuel-macron-wirklich-ein-klares-mandat/19951070.html>

fördern diese Spaltung der Identitäten, da sie sich auf an der Globalisierung teilnehmende Milieus beschränken.

Für ein funktionales europäisches Gemeinschaftswesen muss deshalb Ziel sein, durch Partizipationsangebote eine europäische und nationale Identitätsbildung zu ermöglichen, die vor allem der selektiven Teilhabe der BürgerInnen entgegenwirkt und alle gesellschaftlichen Milieus mit einbezieht.

D. Solidarität

Wie eingangs erwähnt ist eine europäische Identität gleichsam Voraussetzung für die Legitimation und die Akzeptanz jeglicher Europäischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, als auch für eine Europäische Solidarität der BürgerInnen untereinander. Dabei ist das Verhältnis von Solidarität und Identität reziprok und bedingt einander. Vielfach wird im Kontext der aktuellen Migrationsbewegungen von einer Solidaritätskrise in Europa gesprochen. Einzelne Länder verweigern die Aufnahme geflüchteter Menschen und die Lasten dieser Entwicklung sind höchst ungleich verteilt. Doch worin wurzelt diese Krise der Solidarität? Zentral hierfür sind die Kategorien des Vertrauens und der Verantwortung. Ein ganz konkreter Ausdruck mangelnder Solidarität ist die Weigerung der ungarischen Regierung, selbst nach einem Urteil des EuGH, die Aufnahme von ca. 1200 Geflüchteten umzusetzen. Aus diesem Grund wurde sogar schon von einer Implementationskrise gesprochen. Das hat zur Folge, dass das gegenseitige Vertrauen in die Umsetzung vermeintlich gemeinsam getroffener Beschlüsse in Europa erodiert und die Verbindlichkeit gemeinsamer Entscheidungen offen in Frage gestellt wird. Das ist jedoch kein neues Problem. Bereits im Zuge der sogenannten Eurokrise wurde vor allem den Ländern im Süden der EU regelmäßig das vorgeworfen, was Wirtschaftswissenschaftler "moral hazard" nennen. Es wurde unterstellt, die unter hoher Staatsverschuldung leidenden Länder würden Fehlanreize der Eurozone ausnutzen und billigend in Kauf nehmen. In Folge trügen sie zu einer Verstärkung der ökonomischen Ungleichgewichte bei, anstatt durch Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu den prosperierenden Volkswirtschaften aufzuschließen. Der gesellschaftliche

Mainstream der nördlich verorteten Euro-Länder hat dem Süden schlichtweg misstraut. So wurde jeder Griechenland-Gipfel zu einem regelrechten *show down* zwischen den vermeintlich moralisch überlegenen Nordländern gegen die überschuldeten Südländer bzw. zwischen dem sadistischen Norden gegen den geknechteten Süden stilisiert. Das war bei politischer Rhetorik von „Hausaufgaben machen“ und dergleichen auch nicht sonderlich schwierig. Im Ergebnis stand eine kontinuierliche Wahrnehmung eines „Wir gegen die“, auf beiden Seiten, die nachhaltig gegenseitiges Vertrauen in Europa beschädigt hat. Zu guter Letzt mangelt es in Europa in der Breite an der Bereitschaft, aktiv Verantwortung – finanziell, politisch, sozial und kulturell – zu übernehmen. Erneut kann man an der Stelle auf wachsende Ungleichheiten in Europa verweisen, die sich mit Blick auf soziale Kohäsion, immerhin eines der konstituierenden Ziele der Europäischen Gemeinschaft, sowie die wirtschaftliche Entwicklung auf tun. Die wachsende Interdependenz der europäischen Länder sollte die Übernahme von Verantwortung auf europäischer Ebene allein schon aus Eigeninteresse stärker werden lassen, da keine politische Institution langfristig so viel gesellschaftliche (Wohlfahrts)Rendite generiert wie die EU. Damit wird die Übernahme von Verantwortung auf Grundlage des Vertrauens, dass andere Länder ebenso handeln (würden), zur notwendigen Bedingung für europaweite Solidarität. Hier schließt sich der Kreis zu einer europaweiten Identifikation mit einem Ideal, dass Solidarität im Sinne gemeinsamer Stärke zur zentralen Chiffre eines inklusiven Gesellschaftsanspruchs werden lässt.

III. UNSERE VISION

A. Narrativ eines demokratischen und sozialen Europas

Das Gründungsnarrativ der EU als Friedensprojekt bleibt zwar bestehen, allerdings sind nicht mehr das Erleben der Weltkriege und die wahrgenommene Gefahr eines neuen Krieges ausschlaggebend für die derzeitige Realitätswahrnehmung, sondern die zuvor genannten Herausforderungen. Auf diese muss die Europäische Union eine Antwort finden, um langfristig ein neues Narrativ des „sozialen“ und des „demokratischen“ Europas plausibel zu machen. Mit konkreten Visionen für die Bereiche „Europäische Öffentlichkeit“, „Partizipation“ und „Solidarität“ beschäftigt sich dieses Paper. Die Durchsetzung eines neuen zusätzlichen Narrativs hängt im Wesentlichen von dem Erfolg der hier aufgeworfenen Vorschläge ab.

Unsere Vision für ein europäisches Narrativ der Zukunft, welches das Gründungsmotiv der Friedenssicherung ergänzt, ist daran anknüpfend das „Narrativ des sozialen und demokratischen Europas“. Zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten sowie eine gelebte europäische Sozialstaatlichkeit, die auf die sozialen Probleme in einer zunehmend interdependenten Welt auf europäischer Ebene reagiert, wird zu einer breiteren Akzeptanz der EU in der Bevölkerung führen. Gelebte soziale Gerechtigkeit wird den „permissiven Konsens“ nicht wiederherstellen und sollte dies auch nicht anstreben, die Legitimität der EU wird sie für viele EU-BürgerInnen aber wieder erhöhen. Da auf viele der negativen Begleiterscheinungen der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion nicht mehr nur in einem nationalen Rahmen reagiert werden kann, muss auch auf europäischer Ebene gehandelt werden. Um die Kohäsion zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten und einer sozialpolitischen Abwärtsspirale entgegenzuwirken, muss die Union gemeinsam mit den Mitgliedstaaten stärker tätig werden. Ein wesentlicher Streitpunkt ist hierbei die Kompetenzverteilung zwischen Nationalstaat und Europäischer Union. Dies liegt auch an einer sozialstaatlichen Dominanz der Nationalstaaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Legitimität auf wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften begründeten und bis heute ein großes Interesse an nationalstaatlicher Deutungshoheit im Bereich des Sozialen für sich in Anspruch nehmen. Das europäische Projekt ist jedoch von Anfang an immer auch

ein soziales Projekt gewesen. Aus praktischen Gründen fokussierte man sich zunächst auf die wirtschaftliche Integration ohne jedoch die soziale Dimension und Verantwortung aus den Augen zu verlieren. Anknüpfend an transnationale Diskurse, die bereits vor den Römischen Verträgen einen Grundstein für ein spezifisches „europäisches Sozialmodell“¹⁵ legten, gewann die soziale Dimension im Laufe der Integration zunehmend an Bedeutung. Ausdruck sind unter anderem die Einheitliche Europäische Akte von 1986, das Sozialprotokoll des Maastrichter Vertrages und die „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“. Die verschiedenen Gemeinschaften wurden von Anfang an nicht nur als „Wirtschaftsgemeinschaft“ sondern auch als „Solidargemeinschaft“ verstanden. Mit der Sozialcharta, der Grundrechtecharta, dem Europäischen Sozialfonds, der Entsenderrichtlinie sowie der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) ist die EG/EU immer wieder aktiv geworden und besitzt die Europäische Kommission bereits heute beschränkte Kompetenzen im Bereich der Sozialpolitik. Um überzeugend auf Probleme reagieren zu können, sollten diese Kompetenzen in Kombination zu nationalstaatlichen Maßnahmen gestärkt werden. Vorstellbar wäre hier zum Beispiel eine Stärkung der OMK, die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und europäische Tarifverträge.

B. Eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit

In der kommunikationswissenschaftlichen Forschung werden oftmals zwei verschiedene Visionen europäischer Öffentlichkeit diskutiert.¹⁶ Das *supranationale* Modell meint einen gemeinsamen Kommunikationsraum für alle BürgerInnen Europas, der vor allem durch die Herausbildung europäischer Medien entstünde. Solche transnationalen Kommunikationsräume gibt es zwar schon heute, allerdings nur auf Elitenebene. Für die breite Bevölkerung ist eine supranationale europäische Öffentlichkeit auf-

15 Harmut Kaelble/Günther Schmid (Hrsg.) (2004): Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat., Berlin: Edition Sigma.

16 Adam, Silke (2016): European Public Sphere. In: Mazzoleni, Gianpietro (Hrsg.): The International Encyclopedia of Political Communication, Hoboken: Wiley-Blackwell.

grund der bestehenden kulturellen und sprachlichen Barrieren schwer vorstellbar. Das zweite Modell besteht aus *europäisierten nationalen* Öffentlichkeiten, die dadurch entstünden, dass Medien in verschiedenen EU-Ländern gleichzeitig dieselben Themen unter ähnlichen Relevanzgesichtspunkten diskutieren. Außerdem müssten die nationalen Medien verstärkt europäische Themen und Akteure behandeln sowie aufeinander Bezug nehmen und sich vernetzen. Die beiden genannten Idealtypen europäischer Öffentlichkeit schließen sich allerdings nicht gegenseitig aus, vielmehr liegen sie in Ansätzen bereits vor. Daher werden sie heute als zwei Entwicklungspfade hin zu einer europäischen Öffentlichkeit gesehen. Das heißt, die Ausbildung genuin europäischer Medien und die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten müssen in Ergänzung zueinander gedacht werden, da sie in ausgebildeter Form gemeinsam die europäische Öffentlichkeit konstituieren.

Unsere Vision einer europäischen Öffentlichkeit beruht daher sowohl auf nationalen Medien, die sich stärker europäisieren, sowie auf transnationalen Medien, die sich an ein breiteres Publikum als nur die europäischen Eliten richten. Hierbei spielen JournalistInnen als ModeratorInnen und SprecherInnen eine zentrale Rolle bei der Europäisierung öffentlicher Debatten, indem sie Themen setzen, diese aus einer bestimmten Perspektive beleuchten bzw. framen und sie kommentieren. In unserer Vision einer europäischen Öffentlichkeit spielen außerdem gemeinsame europäische Medienereignisse eine große Rolle. Bei diesen wird, ausgehend von einem gemeinsamen thematischen Kern, über verschiedene Medienprodukte eine Vielzahl europäischer Publika erreicht. Die Medienereignisse können dabei sowohl politisch (z. B. EU-Gipfel) als auch populärkulturell (z. B. Eurovision Song Contest) sein. Besonders über erstere wird aktuell noch sehr national segmentiert berichtet, weshalb sie besonders viel Potential für eine europäisierte Berichterstattung aufweisen. Letztlich muss auch auf die Rolle des Publikums in einer europäischen Öffentlichkeit eingegangen werden. Analog zum politischen Partizipationsdefizit auf europäischer Ebene ist das Publikum auf europäischer Ebene aktuell eher passiv. In unserer Vision einer Europäischen Öffentlichkeit kommt den BürgerInnen allerdings eine aktivere Rolle zu, die nicht nur durch institutionelle Reformen, sondern auch durch interaktive Kommunikationskanäle, vor allem im Internet, begünstigt wird.

C. Partizipation

Unsere Vision ist es politische und gesellschaftliche Partizipation in Europa auf lokaler Ebene zu stärken und dadurch das Verständnis für und die Teilhabe an politischen Prozessen auf allen Ebenen zu fördern sowie der Fragmentierung der Europäischen Gemeinschaft, Politikverdrossenheit und dem Euroskeptizismus entgegenzuwirken. Durch die Stärkung ehrenamtlicher Strukturen, wie Parteien und Vereinen, soll der Austausch derzeit fragmentierter Gesellschaftsgruppen gefördert werden. Um Partizipation in ehrenamtlichen Strukturen zu stärken, müssen vor allem sozioökonomische Hürden für Teilhabe abgebaut werden und finanzielle Ressourcen für den Erhalt der ehrenamtlichen Infrastruktur auf lokaler Ebene bereitgestellt werden. Traditionelle lokale Strukturen, wie beispielsweise Kirchen, sind vor allem in urbanen Regionen auf dem Rückzug¹⁷. Jedoch sind Jugendräume und Vereinshäuser oftmals der Ort für gesellschaftlichen Austausch. Beispielsweise die zweckgebundene Finanzierung von Räumlichkeiten für Non-Profit-Organisationen in urbanen Regionen, in denen Mieten steigen und öffentlicher Raum zunehmend abnimmt¹⁸, kann hierfür eine Lösung sein. Vor allem jugendliches Engagement sollte durch finanzielle Ressourcen gestärkt werden, da finanzielle Förderung aus Stiftungsgeldern und staatlichen Fördertöpfen an die Organisation in einer Vereinsstruktur gebunden ist und einen bürokratischen Aufwand voraussetzt, der von Jugendlichen nur schwer bewältigt werden kann. Die EU soll durch die finanzielle Förderung von öffentlichem Raum sowie ehrenamtlichen Strukturen eine aktive Rolle in der Stärkung von Europas Gemeinschaftsinn einnehmen.

Die Stärkung lokaler Partizipation wirkt Euroskeptizismus zudem entgegen, da europäische Politik bis in die lokalen Entscheidungsebenen vordringt, sodass die Teilhabe an Lokalpolitik den BürgerInnen auch europäische Politik näher bringt. Strukturfonds und europäisches Recht, prägen die Entwicklung von ländlichen und urbanen Re-

17 The Church in Europe, TableTalkMagazin, <https://tabletalkmagazine.com/article/2017/07/the-church-in-europe/>

18 Die Zukunft unserer Städte, Deutschlandfunk, 1.9.2015, http://www.deutschlandfunk.de/arte-dokumentation-die-zukunft-unserer-staedte.807.de.html?dram:article_id=329893

gionen in Europa. Zu häufig wird der europäische Einfluss diesbezüglich jedoch von der breiten Öffentlichkeit nicht wahrgenommen, da diese nicht an den Entscheidungsprozessen der Entwicklung ihrer Region teilnimmt. Beispielsweise in Deutschland setzt die Teilhabe an lokaler Politik in Kommunen voraus, dass die persönliche ökonomische Situation BürgerInnen ermöglicht einen Teil ihrer Zeit in Lokalpolitik zu investieren und die eigenen Arbeitszeiten an den lokalen Parlamenten auszurichten. Um BürgerInnen unabhängig von ihrer ökonomischen Lage Teilhabe an lokalen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen, muss ehrenamtliches Engagement in der Lokalpolitik entweder adäquat finanziell entschädigt oder gemeinsam mit Arbeitgebern Freistellungsmodelle entwickelt werden, um trotz Berufstätigkeit und anderweitigen Verpflichtungen politische Partizipation zu ermöglichen.

D. Solidarität durch gesellschaftliche Teilhabe und den Abbau von Ungleichheiten

Unsere Vision von Solidarität für eine europäische Identitätsbildung speist sich aus einer Rückbesinnung und Re-Fokussierung auf soziale Kohäsion als eines der Gründungsziele der europäischen Union. Die schrittweise Annäherung und Angleichung der Lebensverhältnisse ist eine Grundbedingung für Mobilität, für absolute Niederlassungsfreiheit und eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den europäischen Kernfreiheiten: Bewegung, Arbeit, Wohlstand.

Ein stabiler Wirtschafts- und Gesellschaftsraum setzt ein gewisses Maß an Stabilität voraus, welches nur durch weitsichtige, kohärente und damit letztlich verantwortungsbewusste europaweite Zusammenarbeit auf verschiedenen gesellschaftlichen wie politischen Ebenen garantiert werden kann. Die EU-BürgerInnen sind sich ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten und Bereicherungen fortlaufend bewusst und übernehmen bereitwillig Verantwortung füreinander. Das resultiert nicht zuletzt in sozialstaatliche Strukturen auf Europäischer Ebene, die ganz im Sinne des sozialen Kohäsionsgedankens sozioökonomische Ungleichheiten sukzessive abbauen.

Es gibt auch zwischen verschiedenen nationalen politischen Ebenen kein „blame game“ mehr auf europäischer Ebene und anstatt sich zwischen Ländern oder verschiedenen Ebenen Europas gegenseitig zu beschuldigen, steht die Kooperations- und Kompromissbereitschaft im Vordergrund. Vertrauen ist zur Grundlage und zum Wesenskern europäischer Politik geworden, da das Bewusstsein über die Interdependenzen mit und Abhängigkeiten von anderen jederzeit politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell erfahrbar ist. Ungleichheiten abzubauen heißt dabei jedoch nicht Gleichmacherei und Verlust von Vielfalt. Vielmehr geht es um Teilhabegerechtigkeit für alle an den wirtschaftlichen wie zivilisatorischen Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses. Voraussetzung für deren Wahrnehmung auf allen Ebenen sind Erfahrungen im Alltag und Akzeptanz für die eigene Lebensrealität – allesamt Bausteine einer europäischen Identitätsbildung.

IV. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

A. Europäische Öffentlichkeit

Wie oben beschrieben gibt es zwei Wege zur Herausbildung einer medial vermittelten europäischen Öffentlichkeit, die sich gegenseitig nicht ausschließen und daher parallel beschritten werden können. Gemäß dem supranationalen Weg benötigen wir eine Stärkung von transnational und paneuropäisch wirkenden Medien, die eine breitere Bevölkerung erreichen. Besonders interessant erscheint in diesem Rahmen der Vorschlag eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf europäischer Ebene. Solch ein „Europafunk“ könnte nach Vorbild der ARD/BBC mit wirtschaftlicher und politisch-redaktioneller Unabhängigkeit entstehen.¹⁹ Auch wenn dies eine europäische Grundfinanzierung erfordert, muss die Governance des Europafunks journalistische Unabhängigkeit gewährleisten, denn es soll kein Propagandainstrument der Europäischen Union entstehen. Dazu ist vor allem Vielfalt essentiell, und zwar im inhaltlich-programmatischen Sinne, aber auch in einer multimedialen und multilingualen Ausrichtung. Im Onlinebereich könnte der Europafunk an existierende junge Projekte anknüpfen, die zumeist auf Englisch, aber teilweise auch mehrsprachig erscheinen.²⁰

Der europäisierte nationale Weg europäischer Öffentlichkeit erfordert, dass nationale Medien die Themen ihrer Berichterstattung stärker transnational reflektieren. Sie sollten sich dazu verpflichten, ihre Inhalte und die Akteure, die zu Wort kommen, zu „europäisieren“. Hierbei ist unter anderem von Bedeutung, dass sich JournalistInnen und Medienhäuser besser vernetzen und grenzüberschreitende Kooperationen eingehen. Innovative Kooperationsprojekte und weitere zukunftsfähige Initiativen sollten durch einen „Europäischen Medienfonds“ finanziell

gefördert werden.²¹ Dieser stünde sowohl traditionellen Medienhäusern als auch neuen Initiativen offen und sein Förderportfolio könnte durchaus vielfältig sein: von der Förderung von Qualitätsjournalismus mit Aus- und Weiterbildungsprojekten, Recherchestipendien, der Etablierung von Recherche- und Korrespondentennetzwerken bis hin zur Finanzierung von innovativen Formaten und Übersetzungstechniken, um existierende Sprachbarrieren in Europa zu überwinden.

Ein dritter Weg, auf dem Europäische Öffentlichkeit geschaffen werden soll, ist durch politisch-institutionelle Strukturreformen und die Etablierung von europäischen Medienereignissen und -formaten. Existierende Programme wie der Eurovision Song Contest oder die UEFA Champions League beweisen, dass transnationale Formate funktionieren, speziell wenn sie einen spielerisch-sportlichen Wettbewerbscharakter aufweisen. Von diesem Potenzial würden auch die Wahlen zum Europäischen Parlament profitieren, wenn man aus ihnen ein europäisiertes Medienereignis macht, bei dem europäische Parteien mit transnationalen Listen und Spitzenkandidaten um die Macht über die EU-Exekutive kämpfen.²² Gerade aus der Verkündung der Wahlergebnisse könnte man ein gemeinsames europäisches Medienereignis machen, um EU-Politik gemeinsam und gleichzeitig für alle BürgerInnen Europas erfahrbar zu machen. Hierzu müssten die Wahlen durch ein neues EU-Wahlrecht und damit die EU-Verträge reformiert werden. Im Zuge einer fortschreitenden Demokratisierung und Parlamentarisierung europäischer Politik wäre dies allerdings ein starker Motor für die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit.²³

19 Diesen fordert zum Beispiel Jakob von Weizsäcker und Andre Wilkens in einem Gastbeitrag auf Spiegel Online (10.12.2016): <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europafunk-gegen-die-propaganda-flut-essay-a-1123991.html>.

20 Als existierende Beispiele dienen: www.cafebabel.de, www.euobserver.com, www.euractiv.de, www.eurotopics.net, www.treffpunkteuropa.de, www.voxeurop.eu, www.taurillon.org, www.politico.eu (früher: „European Voice“). Einen Überblick gibt es außerdem hier: <http://www.kontaktstelle-efbb.de/ziele-des-programms/das-programm-2007-2013/vorrangige-themen/staendige-themen/europaeische-oeffentlichkeit/> bzw. hier: <https://www.treffpunkteuropa.de/auf-der-suche-nach-einem-europaischen-medienprojekt>.

21 Solch einen Medienfonds schlagen Andre Wilkens und Markus Rhomburg in ihrem Gastbeitrag im Tagesspiegel vor (21.07.2015): <http://www.tagesspiegel.de/politik/demokratie-und-medien-europa-braucht-einen-europaeischen-medienfonds/12079454.html>.

22 Implizit würde dies die Schaffung eines parlamentarischen Systems auf europäischer Ebene bedeuten. Man könnte allerdings auch darüber nachdenken, durch eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten eine Art präsidentielles System zu etablieren.

23 Für vertiefende Beiträge siehe die Debatte zur europäischen Öffentlichkeit im Online-Magazin „The European“: <http://de.theeuropean.eu/debatte/505-europaeische-oeffentlichkeit-ueber-europa-debattieren>.

B. Partizipation

Unsere Handlungsempfehlungen für zeitnah umsetzbare Initiativen zur Stärkung gesellschaftlicher und politischer Partizipation in Europa sind:

1. Die Schaffung eines europäischen sozialen Jahres, um neben Möglichkeiten wie ERASMUS zur Förderung des Austauschs im Bereich der Bildung, auch einen Austausch im Bereich des ehrenamtlichen Engagements unabhängig vom Bildungsgrad zu schaffen

2. Die Einrichtung von Europazentren in europäischen Städten und Regionen, welche Räumlichkeiten für Vereine und Parteien zur Verfügung stellen und somit ehrenamtliches Engagement unabhängig von der finanziellen Ausstattung der Vereine und Parteien zu befähigen. Ziel dieser Europazentren wäre es vor allem zivilgesellschaftliches und politisches Engagement zu ermöglichen. Hierfür könnten neben Räumlichkeiten auch ein Beratungsangebot zur Vereinsgründung und politischen Bildungsarbeit gehören.

3. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sollen Freistellungsmodelle für lokales politisches Engagement ausgearbeitet werden. Beispielsweise denkbar wären Steuervergünstigungen für Unternehmen, die ihren MitarbeiterInnen eine solche Freistellung einräumen. Alternativ wäre auch eine gesetzlich festgehaltene Freistellung denkbar, wie sie für Betriebsratsmitglieder eingeräumt wird.

4. Die finanzielle Besserstellung der Haushaltsbudgets lokaler politischer Einheiten in Europa durch eine Initiative der EU zur Förderung von öffentlichem Raum. Die physische Begegnung und der Austausch diverser gesellschaftlicher Gruppen werden stark durch die Bereitstellung von öffentlichem Raum gefördert. Dieser ist auch für Kundgebungen und Demonstrationen wie Pulse of Europe oder den Christopher Street Day von großer Bedeutung. Die Bereitstellung von Geldern für die Einrichtung von Europaparks oder -plätzen als öffentlichen Raum für solche politischen gemeinschaftlichen Erfahrungen, soll als weitere Initiative der EU zur Förderung von Partizipation ergriffen werden.

5. Die Anpassung der europäischen Rechtslage, um sowohl das europäische Petitionsrecht dahingehend anzupassen, dass dieses bei einer Anzahl von Unterschriften über 1 Million über eine Befassungspflicht hinausgeht, als auch die Schaffung eines entsprechenden Rechtsrahmens für europaweit agierende Vereine.

C. Solidarität

Solidarität lässt sich nicht per Maßnahme verordnen, sie ist voraussetzungsreich. Eine Voraussetzung ist die Übernahme von Verantwortung. Wenn wir dem visionären Anspruch von mehr wirtschaftlicher und sozialer Stabilität folgen, könnte die Einführung einer Europäischen Arbeitslosenversicherung ein ökonomisches Instrument sein, soziale Politik auf EU-Ebene zu stärken und somit die Verantwortungsübernahme aller Menschen in Europa zu erhöhen. Solch ein automatischer Stabilisator wirkt direkt pro-zyklisch in die Konjunktur hinein und kann durch eine direkte institutionalisierte Umverteilung in Europa den individuellen Bezugspunkt zur EU-Ebene für viele Menschen deutlich machen. Nicht wenige Ökonomen versprechen sich hiervon auch eine identitätsstiftende Wirkung. Um gemäß der definierten Vision von sozialer Kohäsion Ungleichheiten langfristig abzubauen, bedarf es einer schrittweisen Annäherung. Wenn auch eine Konzentration auf soziale Entwicklungen für einige Teilhabeungleichheiten zu kurz greift, so ist mittelfristig der sozioökonomische Status des Individuums doch in mehr oder weniger direkter Relation zu zahllosen Ungleichheitsphänomenen zu sehen. Die Einführung sozialer Mindeststandards, die einheitlich für die unterschiedlichen Sozialsysteme gelten und einen Rahmen setzen, ohne Regulierung zu sein, würden einen Beitrag zur Quantifizierung von Ungleichheit und den dagegen wirkenden Maßnahmen leisten und mittel- bis langfristig die gewünschte Annäherung (sozialer) Lebensverhältnisse begünstigen.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass starke gesellschaftliche Bewegungen immensen Druck auf Regierungen ausüben können. Solche Bewegungen gilt es in organisierte Strukturen zu überführen, ein Stück weit zu professionalisieren und gemäß der Vorstellung zivilgesellschaftlicher „checks and balances“ auch von staatlicher

Seite zu unterstützen, sei es ideell oder finanziell. Europäische Initiativen wie z. B. ein europaweiter Tag des Ehrenamts könnten das Bewusstsein der Menschen über ihre eigene aktive Rolle als Teil einer europäischen Bürgergesellschaft schärfen.

Zu guter Letzt haben die vergangenen Jahre eines deutlich vor Augen geführt: selten wurde so viel über Europa, die EU und Europapolitik, aber auch nationale Entwicklungen in anderen Ländern berichtet. Damit einher ging im Ansatz eine wachsende Politisierung der jeweiligen Debatte. Denkt man einen Schritt weiter, so kann auch diese Politisierung ab einem gewissen Grad zur Schaffung eines gesamteuropäischen Bewusstseins und einer Identitätsgrundlage beitragen. Am aktuellen Beispiel Polens und Ungarns zeigte Jean-Claude Juncker anschaulich, dass eine Ausweitung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat und im Rat der EU zwar den Weg des kleinsten gemeinsamen Nenners verlässt, dafür jedoch die politische Dimension und damit auch die Relevanz europapolitischer Debatten stärkt. Flankiert durch eine immer enger zusammenwachsende Öffentlichkeit können auf diese Weise gerade auch Aspekte wie Solidarität häufiger thematisiert werden. Allein die Debatte darüber könnte durchaus dazu beitragen, als eine weitere Keimzelle für die Entstehung eines Solidaritätsgefühl zu wirken.

D. Ein neues Narrativ für Europa?

Ein neues zusätzliches Narrativ für Europa kann nur dann an Bindekraft gewinnen, wenn die formulierten Ansprüche im Bereich des Sozialen und der demokratischen Legitimation tatsächlich erfüllt werden. Konkrete Handlungsempfehlungen in diesen Feldern wurden in den Teilbereichen „Europäische Öffentlichkeit“, „Partizipation“ und „Solidarität“ beschrieben. Ähnlich wie das Narrativ des Friedensprojektes kann das Narrativ des sozialen und demokratischen Europas nur überzeugen, wenn es auf diesen Feldern zu konkreten Problemlösungen und zur Formulierung von Leitbildern für die Zukunft der EU kommt. Unterstützend muss deutlich gemacht werden, dass Sozialstaatlichkeit, Frieden und Demokratie in Europa nicht rein nationale Errungenschaften sind, sondern vielmehr

eine gemeinsame transnationale Errungenschaft der europäischen Völker, die einen gemeinsamen Rahmen für ein europäisches Friedens-, Demokratie- und Sozialmodell geschaffen hat.²⁴ Dies muss einerseits in einer kohärenten Außendarstellung, aber auch in stärker europäisch ausgerichteten Bildungssystemen thematisiert werden. Die historische Auseinandersetzung mit diesen Dimensionen auf einer europäischen Ebene kann dabei helfen, langfristige Prozesse des Zusammenwachsens erfahrbar zu machen und somit die Entstehung eines neuen Narrativs unterstützen. So sollte in Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen die historisch transnationalen Verbindungen und der ideengeschichtliche Austausch in Europa stärker beleuchtet werden. Es soll dabei keine europäische Meistererzählung vermittelt werden, sondern rein nationale Geschichtsdeutung anhand konkreter Beispiele aufgebrochen werden.

Das Gründungsnarrativ der europäischen Integration als Friedensprojekt hat bis heute seine Gültigkeit nicht verloren, wohl aber einen Teil seiner Bindekraft. Frieden in Europa ist für viele jüngere EU-BürgerInnen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Nicht mehr die Angst vor einem erneuten Krieg, sondern akute Probleme wie Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit oder ein wahrgenommenes Demokratiedefizit der EU prägen ihre Sicht auf die Gemeinschaft. Um erneut an Bindekraft und Legitimität zu gewinnen, muss Europa und die Europäische Union neue zusätzliche Narrative plausibel machen, welche eine Identifikation mit dem europäischen Projekt stärken.

24 Kristine Kern/Hildegard Theobald (2004): Erklärungsversuche für die Konvergenz der Sozialpolitik, In: Kaelble/Schmid: Das europäische Sozialmodell, S. 289–316.

IMPRESSUM

Herausgeber Prof. Dr. Mathias Jopp, IEP

Redaktion Richard Steinberg, Universität Hamburg / IEP

Jana Schubert, IEP

Gestaltung Anna Schoida, handsinthesea.com

Institut für Europäische Politik e. V.

Bundesallee 23

10717 Berlin

info@iep-berlin.de

www.iep-berlin.de

Gefördert durch:

ASKO EUROPA STIFTUNG



Auswärtiges Amt



Otto Wolff Stiftung